

Ergebnis 6 war währendlich.
Monatlicher Bezugspreis durch Träger einztl. 30 Pf. bzw.
40 Pf. Telegrafen 170; durch die Post 1,70 einschließlich
Postübernahmengeschäft, zugleich 20 Pf. Post-Befreiung.
Einzelnummer 10 Pf., die Sonnabend-, Sonntag- und
Belegnummer 20 Pf.

Sächsische Volkszeitung

Schriftleitung: Dresden-N., Wallstraße 17, Telefon 20711 u. 21012
Geschäftsstelle, Dresden und Verlag: Germania Buchdruckerei und
Verlag Th. und G. Winkel, Wallstraße 17, Telefon 21012,
Postleitzahl: Nr. 1020, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 94787

Nummer 205 — 34. Jahrg.

Verlagsort Dresden.

Bezugspreise: die 10pfögl. 2 mm breite Seite 6 Pf.;
für Anzeigenanzeigen 6 Pf.
Für Plakatwerke können wie keine Gewähr liefern.

Donnerstag, 5. September 1935

Zur Sache von höherer Gewalt, Recht, einsetzender Betriebs-
kranken hat der Belehrer oder Werbungsteilende seine Re-
chte, falls die Zeitung in beschränktem Umfang, verdeckt
oder nicht erscheint. — Erstlingsort Dresden.

Der abessinische Pacht-Vertrag

Rücktritt der Standard-Vacuum-Oil-Company vom abessinischen Konzessionsvertrag

Auf Betreiben des Staatsdepartements

Washington, 4. Sept.

Auf dringende Vorstellungen des Staatsdepartementes beschloß die Standard Vacuum Oil Co. den Rücktritt vom Abessinischen Konzessionsvertrag. Nach wiederholten Besprechungen mit dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Standard Vacuum Oil Co. gab Außenminister Hull die Rückgängigmachung des Pachtvertrages bekannt. Hull teilte die Rückgängigmachung auch telefonisch dem aus seinem Landssitz abwesenden Präsidenten Roosevelt mit. Der Präsident gab seiner Befriedigung über diesen Entschluß Ausdruck, da er im Pachtvertrage eine Gefährdung des Weltfriedens gesehen habe.

Eine Erklärung des Kaisers von Abessinien

Paris, 4. Sept. Der Berichterstatter des Journal de l'Abbesse wurde vom Kaiser von Abessinien empfangen, der ihm folgende Erklärung übergab: Wir sind der französischen und der britischen Regierung für die von Ihnen zugunsten des Friedens entfalteten Anstrengungen dankbar. Wir freuen uns auch, die beim französischen und beim englischen Volk vorhandenen Strömungen zugunsten Abessiniens feststellen zu können. Unser Land hat niemand bedroht und bedroht niemanden. Alle seine Anstrengungen zielen auf die Aufrechterhaltung des Friedens ab. Wir werden unsere friedliche Haltung bis zum letzten Augenblick aufrecht erhalten. Wenn wir aber auf unserem Gebiet angegriffen werden, werden wir uns auch bis zum äußersten verteidigen.

Eine Entschließung der Afrikanischen Gesellschaft

London, 4. Sept. Die Afrikanische Gesellschaft, auf der am Dienstagabend der abessinische Gesandte Dr. Martin eine Rede hielt, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: „Abessinien ruft das britische Reich auf, ihm bei der Aufrechterhaltung der Heiligkeit der Verträge und seiner eigenen Unabhängigkeit Beistand zu leisten.“ — Vor Annahme der Ent-

schließung hatte ein ägyptischer Vertreter noch erwähnt, daß die englandfeindliche Propaganda Italiens gegenwärtig in Ägypten sehr lebhaft am Werk sei. Die Ägypter hätten vielleicht manche Bedenken über Großbritannien, aber dies bedeutete nicht, daß Ägypten der italienischen Freundschaft vor der britischen den Vorzug gebe. — Den Auftakt der Tagung führte Oberst Lord Sompil. Unter den Anwesenden befanden sich u. a. den brasilianischen Botschafter, die Gesandten Schwedens und Lettlands, die Geschäftsträger von Finnland, Polen, Russland, Jugoslawien und Polen sowie die britischen Oberkommissare für Südafrika, Rhodesia und Neuseeland.

Keine Unterredung Aloisi-Baldwin

London, 4. Sept. Eine in Genf verbreitete Rücksicht, daß Baron Aloisi in Aigues-Vains bei Baldwin einen Befehl abgegeben habe, wird von Reuter für ungutestend erklärt. Der italienische Delegierte habe nur die Nacht in Aigues-Vains zu verbracht und sei vormittags 10.30 Uhr nach Genf weitergereist. Baldwin habe erst am Nachmittag Kenntnis davon erhalten, daß Baron Aloisi in der Stadt geweilt habe.

Engl. Vorbereitungen auf Malta

London, 4. Sept. Reuter meldet aus Malta: Uns nicht amtlicher, aber zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Vorbereitung des britischen Vermessungsschiffes Ormonde, das am Montag in Malta eingetroffen ist, sofort ihre Wohnung erhalten hat und jetzt an Bord von Minenforschern gegangen ist. Am Dienstagmorgen sind politische Bestimmungen veröffentlicht worden, die es jedem Kraftwagenbesitzer zur Pflicht machen, bis zum 12. September der Polizei Nummer und Art seines Wagens mitzuteilen. Man glaubt, daß die Bestimmung auf die Möglichkeit einer Aquirierung der Kraftwagen durch die Regierung bezlebt. Auf der ganzen Insel werden Gottesdienste für den Frieden abgehalten. In der St. Pauls-Kathedrale wurde am Dienstagabend ein solcher Gottesdienst vom Stellvertretenden Gouverneur Sir Harry Luke veranstaltet. Ferner wird berichtet, daß binnen einer Woche an die 8000 Dorfbewohner in Malta Gasmasken verteilt werden sollen.

Dr. Ley vor den Saar-Industriellen

Kaiserslautern, 4. Sept.

Die Bergbaugruppe Saarland-Pfalz der Reichsgruppe Industrie veranstaltete am Dienstagabend in der Festhalle in Kaiserslautern eine Arbeitstagung, die von dem bekannten Saarindustriellen Röckling geleitet wurde.

Dr. Ley ergriff sofort das Wort zu einer fast zweistündigen Rede, die sich über den örtlichen Rahmen der Tagung hinaus an die gesamten Betriebsführer und Unternehmen Deutschlands wendete und damit auch für die Gesellschaften aller deutschen Betriebe eine Kundgebung programmatischer Bedeutung wurde.

Dr. Ley führte u. a. aus:

Die Menschen müssen begreifen, daß bei aller Unterschiedlichkeit in der Ansicht über irgendeine Sache ein Glaubensatz alle beherrschen muß. Wir bilden eine Gemeinschaft!

Der Betrieb ist eine Einheit.

Wer sich dagegen sträubt, den muß man befehlen, zunächst im Guten. Wenn er dann noch nicht will, muß man ihn hart anlassen. Und wenn er schließlich und endlich überhaupt nicht will, muß man ihn vernichten. Wie für die Kirche das Dogma gilt: Der Papst ist unfehlbar, so gilt für uns im neuen Deutschland der Satz: Der Betrieb ist eine Einheit. Wir werden ehrlich darüber machen, daß diese Einheit von keiner Seite angefeindet oder zerstört wird. Wir sind eine unzertrennbare Kameradschaft von treuen Kämpfern. Kein Land jenseits unserer Grenzen kann sich rühmen, den Klassenkampf überwunden zu haben. Wir haben uns gefragt: Wollen wir den Klassenkampf überwinden, dann müssen wir dort unten beginnen, wo die Menschen schicksalhaft beisammen sind, wo sich keiner dieser Gemeinschaft entziehen kann, selbst wenn er wollte. Dort müssen wir beginnen: Im Betrieb! Drei Zellen sind es, in denen sich das menschliche Leben entfaltet und abspielt: Der Betrieb, die Familie und die Gemeinde! Diese drei Urzellen sind eine Einheit, und man darf sie nicht zerstören. Nein! Und eheum zweiten Gesetz muß man zur Geltung verhelfen: Alles, was die Menschen innerhalb dieser Gemeinschaften, innerhalb der innersten Gemeinschaften ordnen können, müssen sie untereinander ordnen. Man darf sich nicht einschließen. Jeder Mensch empfindet es als etwas häßliches, wenn ein Familienmitglied etwas hinausträgt. So muß es auch im Betriebe sein.

Im Betrieb darf man nicht nötig haben, den Treuhänder, die Arbeitskontrolle, die Partei oder sogar den Staat damit zu belasten,

wie dort im Betrieb Hemmungen und Schwierigkeiten auftreten. Der ist mir ein netter Betriebsführer, der damit nicht fertig wird oder ein netter Betriebswälzer, der die Schwierigkeiten nicht meistert. Gewiß, es gibt Dinge, die über dem Betrieb liegen, etwa wenn im Tiefbau Betriebsstoffmangel herrscht oder im Bergbau Härteln in die Erscheinung treten, die außerhalb des Betriebes liegen, dann muß es auch hier Stellen geben, die es ordnen. Aber soviel muß der Schwierigkeiten der sozialen Ordnung, des sozialen Lebens nicht an der Spitze oder in Berlin oder in der Provinz liegen, sondern im Betrieb. Das frühere System zeichnete sich dadurch aus, daß man alles aus dem Betrieb hinaustrug. Wenn irgendwo Meister mit seinen Gefallen Koch hatte, dann gab es eine Staatsaktion, dann wurde der Reichstag damit beschäftigt. Man entzog vieles der Ordnung der Menschen. Heute muß man den umgekehrten Weg gehen. Selbstverständlich könnte das dazu führen, daß sich dann allmählich auch eine Klimawirtschaft einstellt, ein Verlust und Tarnen. Doch es sind viele Stellen von Partei, Staat, Arbeitskontrolle und allen Gemeinschaftsordnungen auf dem Posten, die wachen. Immer wieder muß ich sagen:

Ihr müßt Eure Schicksal selbst ordnen.

Wir sind keine Amme, die die Menschen trocken legen will. Dadurch erzieht man nur Knechte und nichts anderes. Wir aber wollen Herrenmenschen, alljährlich. Unternehmer und Arbeitnehmer werden solange mit ihren Dingen beschäftigt, bis sie sie selbst gelöst haben. Und wenn sie sagen, es geht nicht, wir werden nicht eins, dann antworten wir: Das Zimmer, schlecht ab. Ordnet Eure Soden. Ihr habt Euch da drinnen so viel streiten, wie Ihr wollt. Das macht nichts, doch Ihr zunächst verschiedener Meinung seid, und streitet Euch. Aber kommt nicht früher heraus. Ihr habt Euch lange genug Jahre lang bekämpft zum Schaden des Volkes. Jetzt müßt Ihr Euch einigen. Nicht des einzelnen wegen oder der Masse wegen, oder eines Verlustes oder einer Klasse wegen.

sondern der Nation wegen.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Duell in Genf

Jährlich, wenn die Septembersonne das Laub der Genfer Terrassen bunter färbt, versammeln sich am Genfer See die Staatsmänner der Völkerbundsmächte, um über den Lauf der Welt und die Anliegen des Bundes zu reden. Den Auftakt bildet der Kongreß der Minderheiten, es folgt die Tagung des Völkerbundsrates und anschließend die allgemeine Völkerbundssession, in der die Delegierten mehr oder minder inhaltreich und rhetorisch wirkungsvoll über das Schicksal des ewig fränkenden europäischen Friedens zu sprechen haben. Es gab sogenannte Blütezeiten der Völkerbundspolitik, in denen es an Stoss und an Erfolgen nie mangelte und ganze Stöcke von guten Vorsätzen und Vorschriften die Völkerbundstadt beim Tagungsschluß verliehen. Dann kam die große Flauta, die geschwollenen Segel der Siegerhoffnungen jähnen schlaff herab, und man fing an zu zweifeln, ob Genf wirklich das geeignete Instrument sei, um seine geheime Aufgabe, die Niederschaffung des Reiches, zu erfüllen. Der Mandatskrieg konstituierte vor der ganzen Welt die Ultionsunfähigkeit des Bundes, das völlige Scheitern aller Abrüstungs- und Friedensgedanken in Deutschland, aus dem Völkerbundsschiff auszusteigen. Nun hat der Völkerbund ein neues Boot bekommen, das auch größte diplomatische Geschicklichkeit faßt und verstopfen können. Die Augen der ganzen Welt sind in diesen Septembertagen nach Genf gerichtet. Es geht nicht um die 27 Hauptpunkte der Völkerbundssession, denn wen lämmert schon das Schicksal der Studientommission für die Europäische Union, die Anpassung des Völkerbundspaltes an den Kellogg-Pakt, das platonische Verbot von Waffen- und Kriegsgeräteleiterungen an Kriegsläufer, die Einführung der rücksichtigen Völkerbundstreize und wie diese Schelnwichtigkeiten heißen mögen. Sie verblasen völlig vor der alle Kopje beherrschenden Frage: Was wird der Völkerbund tun, um im Wirbel des abessinischen Konflikts seine eigene Existenz und vielleicht sogar das Weltfrieden zu retten? Nicht dem Völkerbund als Institution gilt die Aufmerksamkeit der Welt, sondern den Staatsmännern, die als geschickte Jongleure mit den Völkerbundseinrichtungen eine Magieflucht vor atemlos gespannten Jubiläumraum veranschlagen wollen.

Nur sehr ungern und zögernd hat der Völkerbund das glühende Eisen dieses Konfliktes in die Hand genommen. Es war ihm nicht unwillkommen, daß Mussolini seit Beginn dieses Konfliktes um die Jahreswende mit Nachdruck die Fiktion vertrat, es handle sich um einen Streitfall von lokaler Bedeutung, der auf dem direkten Wege der Schiedsgerichtshof beigelegt werden könne. Der abessinische Antrag vom 18. März, den Konflikt auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates zu legen, lief in Rom wie in London peinliche Überraschung hervor. Nachdem die Schiedsversuche ergebnislos abgebrochen worden waren, trat am 6. April der Generalsekretär des Völkerbundes, Ugo Cavallo, zur Einschaltung des Rates ein, der sich am 19. Mai zum ersten Male offiziell mit der abessinischen Frage befaßte. Der Rat beschloß, für das Schiedsgerichtliche Verfahren eine Frist bis zum 25. Juli zu setzen, von diesem Verfahren jedoch die Frage der Grenzziehung auszuschließen. Nach Ablauf der Frist sollte der Rat spätestens bis zum 25. August erneut zusammentreten. Inzwischen hatte Italiens Truppenkontingent in Ostafrika das erste Hunderttausend überstiegen, die Spannung zwischen Italien und England war offen hergebrochen, und man sprach zum ersten Male von einer etwaigen Sperrung des Suezkanals. Am 23. Juni bietet Eden Mussolini in Rom den bekannten Austausch des Hafens Zeila gegen die abessinische Provinz Ogaden an, wird aber abgewiesen, da Mussolini das Land ganz und ungeteilt fordert. Wieder tritt auf abessinischen Antrag der Völkerbund am 31. Juli zusammen, nachdem ein abessinischer Appell an Amerika auf Grund des Kellogg-Paktes eine fühlbare Aufnahme gefunden hat. Diese Ratstagung beschließt Fortsetzung der Schiedsverhandlungen und Ansetzung des Abessinienkonfliktes auf die Tagesordnung der am 4. September beginnenden ordentlichen Ratstagung. Die Schiedskommission, der es unter italienischem Druck verwehrt worden ist, über das eigentliche Thema, nämlich die territoriale Zugehörigkeit des Schauplatzes der ersten Zwischenfälle, zu verhandeln, hat ihre Scheinexistenz bis zur nunmehrigen Fertigstellung eines Abschlußberichtes fortgesetzt. Italien entschloß sich nach einigen Jörgen, einen Vertreter in den Rat zu entsenden, der auf die abessinischen Anklagen in öffentlicher Rede auf der Grundlage einer umfangreichen Anklageurkunde antworten wird. Dieses Redebuett wird voraussichtlich den äußeren Höhepunkt der Ratstagung bilden. Aber entscheidend wird nur